

SPD-FRAKTION WILL ENERGIE-WENDE

Landesregierung verschläft Strategie für Klimaschutz

Bezahlbare Energie wird immer mehr zu einer sozialen Frage. Die SPD-Fraktion macht deshalb eine Wende in der Energiepolitik zu einer ihrer wichtigsten politischen Forderungen.

Die Jahre der CDU-Landesregierung waren Jahre der Untätigkeit, konstatiert der Energieexperte der Fraktion, Dr. Hartmut Schubert. So gab es kaum Initiativen des Landes zum Ausbau Erneuerbarer Energie. Das bestätigten alle großen Vergleichsstudien: Die Analyse der Agentur für Erneuerbare Energie sah Thüringen auf einem traurigen vorletzten Platz in der Kategorie „Anstrengungen bei der Nutzung erneuerbarer Energien“. Beim Ländervergleich der Zeitschrift GEO das gleiche bittere Ergebnis: Bei der Frage nach der Strategie zum Klimaschutz belegt die Landesregierung

von Dieter Althaus den letzten Platz. Mit ihren Vorschlägen will die SPD-Fraktion eine Energie-Wende in Thüringen auf den Weg bringen. Zwei Schwerpunkte:

Umfassende und unabhängige Beratung durch eine Thüringer Energie- und Klimaagentur:

Bürger, Unternehmen und Kommunen werden transparent und unabhängig von wirtschaftlichen Interessen über die technische Anwendungsmöglichkeiten und Förderprogramme informiert. Die Energie- bzw. Klimaschutzagentur berät und weist den Weg durch Förderprogramme.

Potenzialstudie für die Praxis vor Ort:

In einer Studie werden die vorhandenen Potenziale und Stärken bei der Nutzung der einzelnen Formen der Erneuerbaren Energie bis auf die kommunale Ebene dargestellt. So entsteht Transparenz über die ökologischen und ökonomischen Möglichkeiten beim Ausbau vor Ort. Die Studie dient als Grundlage für die Beratung kleinerer und mittlerer Kommunen sowie für die Entwicklung regionaler und lokaler Energiekonzeptionen.

KOMMENTAR

OPEL RETTEN

Fakt ist, dass die Opel-Standorte wichtige industrielle Schwerpunkte sind, an denen Tausende von Arbeitsplätzen hängen. Allen muss klar sein, dass die Fehler vom Anfang der 90er Jahre nicht wiederholt werden dürfen: als in den neuen Bundesländern ganze Landstriche deindustrialisiert wurden. Die Regionen wirtschaftlich wieder zu beleben, ist unterm Strich nicht nur teuer, sondern auch sehr langwierig. An Opel Eisenach hängt das Schicksal einer ganzen Region.



Wenn Vertreter der CDU, vorne an die Bundeskanzlerin, Opel die Systemrelevanz absprechen - mit dem Ziel, staatliche Hilfen für nicht notwendig zu erklären - verkennen sie die prekären wirtschaftlichen Folgen. Gerade für ein neues Bundesland wie Thüringen. Sie unterschätzen nicht nur den Ernst der Lage und handeln damit fahrlässig. Vielmehr entsteht der Verdacht, die CDU will Opel fallen lassen.

Auch Thüringens Landesregierung muss sich endlich stärker einbringen - sie muss sich erstens innerhalb der CDU glasklar für den Erhalt des Opel-Standortes Eisenach einsetzen. Und zweitens muss die Landesregierung helfen, zur Rettung von Opel alle Wege ohne Tabu offen zuhalten.

Christoph Matschie

AUF DEM WEG ZU EINEM VERNÜNFTIGEN ENERGIEMIX

- Bis 2020: Anteil der erneuerbaren Energien am Energieverbrauch soll sich auf 40 Prozent erhöhen
- Vom Landwirt zum Energiewirt: Energiebeitrag aus Biomasse wird erhöht
- Strom und Wärme vom Dach: Photovoltaik in Thüringen wird massiv ausgebaut
- Effiziente Windkraft: Windkraft wird noch besser genutzt.
- Optimierung der Wasserkraft: Bereits bestehende Anlagen werden optimiert

TERMINHINWEISE

Die nächsten Zukunftskonferenzen

Donnerstag, 02.04.09, 18 Uhr, Erfurt
Neue Energie für Thüringen! Wir sorgen für den Durchbruch ökologischer Technologie

Dienstag, 12.05.09, 18.30 Uhr, Erfurt
Konferenz zum Thema Stadtentwicklung mit Bundesverkehrsminister Wolfgang Tiefensee

Zukunft von Opel: Matschie warnt vor Deindustrialisierung

Seite 2

Konjunkturpaket II: Positiv-Negativ-Liste nötig

Seite 3

„MATSCHIE KOMMT ZUR SACHE“ IM KYFFHÄUSERKREIS

THÜRINGENS NORDEN SCHNELL AN A71 ANBINDEN



Mehr Druck durch die Landesregierung bei der Anbindung von Thüringens Norden an die Bundesautobahn 71 fordert Christoph Matschie. „Die durchgängige Befahrbarkeit der A 71 muss vor dem Jahr 2013 möglich sein“, sagte Christoph Matschie bei einem Vor-Ort-Termin im Rahmen der Tour „Matschie kommt zur Sache“. Daran nahmen auch SPD-Bundestagskandidat Steffen Lemme (2. von rechts), Matschies Kollegin Sabine Doht, sowie der SPD-Orts- und Stadtratsvorsitzende Steffen Sauerbier aus Roßleben teil. Einhellig warnten die Politiker vor der erneuten Verschiebung des Verkehrsprojektes ins Jahr 2013: Der Kyffhäuserkreis würde dadurch in seiner wirtschaftlichen Entwicklung erheblich behindert.

SITUATION VON KINDERN

FAMILIEN GEHEN AUF DIE BARRIKADEN

In Kürze liegt der SPD-Fraktion die Endversion des Kindersozialberichtes vor.

Er wurde von der SPD-Fraktion bei Prof. Dr. Roland Merten von der Universität Jena in Auftrag gegeben.

Bereits bekannte, bestürzende Fakten werden darin bestätigt: Mehr als ein Viertel der Thüringer Kinder lebt in Armut. Alles andere als rosig sieht es auch in den Thüringens Kitas aus.

Das Thema Kinderarmut ist bittere Realität in Thüringen. Im Freistaat gelten rund 60 000 Kinder als arm. Damit liegt Thüringen mehr als zehn Prozent über dem Bundesdurchschnitt. Besonders hoch ist der Anteil in den großen Städten.

Schon seit langem versucht die SPD-Fraktion mit eigenen parlamentarischen Initiativen gegenzusteuern - gegen den Widerstand der CDU. Im März-Plenum standen zu dieser Problematik drei Anträge der Sozialdemokraten auf der Tagesordnung. Erneut thematisiert wurde beispielsweise der seit langem von der Fraktion geforderte Essensfonds für bedürftige Kinder. 3,7 Millionen Euro - Geld aus dem geflopten Ehekredit der CDU - waren dafür vorgesehen. Die CDU lehnte ab. Nein sagte die Union auch zum Vorschlag der Sozialdemokraten, mit der Einführung einer so genannten Kinderpauschale für mehr soziale Gerechtigkeit in Thüringen zu sorgen.

Nicht anders erging es dem von dem Oppositionsfraktionen eingebrachten Gesetz für eine bessere Familienpolitik in Thüringen. Es dümpelt seit fast einem Jahr in der parlamentarischen Beratung vor sich hin, auch hier ist die CDU Bremsklotz. Dessen Kernstück - eine bessere personelle Ausstattung in den Thüringer Kindertagesstätten - bestätigt der Kindersozialbericht ebenso wie Ergebnisse aus dem so genannten Opieka-Gutachten der Landesregierung. 2000 Erzieher fehlen demnach in den Einrichtungen - ein Fakt, der beispielsweise eine erfolgreiche Umsetzung des Thüringer Bildungsplanes unmöglich macht.

Die Blockade der CDU zeigt indes Wirkung: Für Anfang Mai ist eine Neuauflage des Familienvolksbegehrens angekündigt worden.

KONJUNKTURPAKET II: REGIERUNG AGIERT PLANLOS

Wegen der unklaren Modalitäten bei der Verteilung des Geldes aus dem Konjunkturpaket II gibt es harsche Kritik an der CDU-Landesregierung.

„Die Landesregierung hat bei der bisherigen Umsetzung des Konjunkturprogrammes II kopf- und planlos agiert und dadurch wertvolle Zeit für ein schnelles Wirken der Gelder in Thüringen verschenkt“, so die Einschätzung von Christoph Matschie. Das nun gewählte Verfahren sei ein bürokratisches Monstrum. Immer noch wüssten viele Kommunen nicht eindeutig, wofür sie die zur Verfügung gestellten Mittel einsetzen dürfen. Kommunalaufsichten drohen im Vorfeld schon mit möglichen Rückforderungen. „Es entsteht bei dieser Verfahrensweise ein bisschen der Eindruck, als wolle die Landesregierung das Geld gar nicht wirklich ausgeben“, so Matschie

Die Festlegung der Mittelaufteilung in Thüringen rief auch andere Beteiligte auf den Plan: Die kommunalen Spitzenverbände lehnten eine gemeinsame Erklärung mit dem Land zur Vergabe des Geldes ausdrücklich ab. Zudem kritisierte der

Gemeinde- und Städtebund den mit 25 Prozent im Vergleich zu anderen Bundesländern hohen Eigenanteil der Kommunen zur Kofinanzierung der Gelder aus dem Konjunkturpaket. Der kommunale Spitzenverband fordert, wie die SPD-Fraktion, eine nicht abschließende Positiv-Negativ-Liste, mit der den Kommunen Beispiele für die regelkonforme Mittelverwendung in die Hand gegeben werden.

SONDERREGELUNG FÜR KOMMUNEN NOTWENDIG

Damit die Folgen der Wirtschafts- und Finanzkrise abgemildert werden können, dringt die SPD-Fraktion auf eine Sonderregelung:

Die Kommunen sollen bei Verwendung des Geldes aus dem Konjunkturpaket II im Haushaltsjahr 2009 auf die Nachtragshaushalte verzichten dürfen. „Oberstes Ziel muss jetzt sein, dass der Einsatz der Gelder unbürokratisch auf den Weg gebracht werden kann“, so SPD-Finanzpolitiker Dr. Werner Pidde.

Mit einem eigens vorgelegten Gesetzentwurf will die Fraktion den Vorschlag gesetzlicher machen. Damit würden auch die Kommunalaufsichten von Prüfungsaufgaben entlastet und könnten sich deshalb verstärkt der Beratung der Kommunen widmen.



JUNGPOLITIKER AUS THÜRINGEN SCHNUPPERTEN PARLAMENTSLUFT

Anträge stellen und in die Ausschüsse verweisen, Fraktionssitzungen abhalten, eine Landtagspräsidentin wählen - alles unter Einhaltung der Geschäftsordnung. Es ist wie in der richtigen Politik beim Schülerparlament im Thüringer Landtag. Bereits zum vierten Mal nahmen Schüler aus allen Teilen Thüringens auf den Sitzen der Landtagsabgeordneten Platz, um zu erleben, wie ein Parlament arbeitet. Im Plenum formierten sich die Jungpolitiker in drei Fraktionen. Auf den Spuren eines großen Sozialdemokraten wandelten „Willy Brandts Enkel“, die Vertreter SPD-Fraktion. Zudem saßen das „Team Junges Thüringen“ und die „Rotkehlchen“ im Parlament. An zwei Tagen beschäftigten sich die Schüler intensiv mit Anträgen wie „Maßnahmen zur Stärkung der Medienkompetenz von Jugendlichen“ oder „Zulässigkeit und Begründung eines möglichen Schülerstreikes an Thüringer Schulen“. Uwe Höhn, David Eckardt (ganz links) und Heiko Gentzel (rechts außen) begleiteten die jungen Leute bei ihrem Ausflug in die Politik.



Heike Taubert

„MEHR DEMOKRATIE“: INSTINKTLOSES MACHTSPIEL DER CDU

Anfang April muss die CDU-Fraktion im Landtag Farbe bekennen, wie sie mit dem Volksbegehren „Mehr Demokratie in Thüringer Kommunen“ umgeht: Lehnt sie den Gesetzentwurf, den mehr als 250 000 Thüringer Bürgerinnen und Bürger unterstützt haben, ab, so kommt es zum Volksentscheid - wahrscheinlich aber erst nach der Landtagswahl im August 2009.

Nimmt die CDU-Fraktion den Gesetzentwurf an, so hat sie das Volksbegehren vorsätzlich ausgebremst - ein politischer Skandal, den es so in Deutschland noch nicht gegeben hat. Denn nachdem die Unterschriften für das Volksbegehren gesammelt waren, fügte die CDU-Fraktion die Amtsstubensammlung für Bürgerbegehren in die Kommunalordnung ein und setzte damit die Hürden für Mitsprache der Menschen in Städten und Gemeinden drastisch hoch. Darauf konnte das Volksbegehren nicht mehr reagieren. Heike Taubert, Sprecherin für Kommunales in der Fraktion: „Ob dieses instinktlose Machtspiel der CDU-Fraktion mit dem Willen der Bürger verfassungsrechtlich in Ordnung ist, wird der Thüringer Verfassungsgerichtshof in Kürze klären.“ Die SPD-Fraktion hat entsprechende Klagen gemeinsam mit den Organisatoren des Volksbegehrens auf den Weg gebracht.

THÜRINGEN - BALD EIN LAND OHNE LEHRER?

Thüringen gehen die Lehrer aus: 80 Prozent der Lehrer gehen bis 2029 in den Ruhestand. Dennoch lässt sich die Landesregierung Zeit, Lehrer-Nachwuchs im Freistaat zu halten bzw. nach Thüringen zu holen, kritisiert die SPD-Fraktion.

Um die Entwicklung zu stoppen, müsse sämtlichen Lehramtsanwärtern ab sofort eine unbefristete Stelle im Schuldienst angeboten werden - mit einem Arbeitsumfang von 100 Prozent. Das fordert die SPD-Fraktion per Plenarantrag im März. Bildungspolitiker Hans-Jürgen Döring weist darauf hin, dass in den kommenden zwei Jahrzehnten fast 18 000 Lehrer in den Ruhestand gehen. Döring: „Das ist eine dramatische Entwicklung.“ Dennoch sieht das Kultusministerium nach eigenen Angaben erst in drei bis vier Jahren Handlungsbedarf. Döring dazu: „Schon im nächsten Schuljahr verdoppelt sich aber die Zahl der ausscheidenden Lehrer auf fast 400. Wie die 35 Junglehrer, die das Land jährlich einstellen will, diese Lücke schließen sollen, ist mir schleierhaft.“ Döring fordert die Landesregierung auf,

nicht nur mehr auszubilden, sondern das Lehrerbildungsstudium attraktiver zu machen. Dazu gehören, sämtliche Lehramtsstudiengänge mit einem Masterabschluss zu versehen und auch deren Dauer anzugleichen. Außerdem werde eine Werbekampagne für das Lehramtsstudium gebraucht.

Ungeachtet dieser Fakten unterzeichnete die Landesregierung eine Vereinbarung mit Baden-Württemberg, wonach „überzählige“ Lehramtsabsolventen aus Thüringen in dem Bundesland eingestellt werden können.

ZAHLEN UND FAKTEN

- momentan arbeiten in Thüringen rund **22.500 Lehrerinnen und Lehrer**
- **ca. 80 Prozent (18.000) der Lehrerinnen und Lehrer scheiden bis 2029 aus**
- **zwischen 2015/16 bis 2019/20 gehen pro Jahr etwa 1000 Pädagoginnen und Pädagogen in den Ruhestand:**
 - in Grundschulen: 75 Prozent (3.600)
 - in Regelschulen: 86 Prozent (5.400)
 - in Gymnasien: 83 Prozent (4.000)

IMPRESSUM

Herausgeber: SPD-Fraktion im Thüringer Landtag.
Jürgen-Fuchs-Straße 1, 99096 Erfurt
Telefon: (0361) 3 77 23 36; Fax: (0361) 3 77 24 17
Internet: www.spd-thl.de

V.i.S.d.P.: Uwe Höhn, Parlamentarischer Geschäftsführer;
Satz: Dirk Malewski; Druck: Druckerei Jäcklein, Erfurt
Redaktionsschluss: 23.03.2009

„inform“ erscheint als kostenloses Mitteilungsblatt der SPD-Landtagsfraktion in einer Auflage von 6.500 Exemplaren.

Nicht für Parteizwecke und Werbung!